

## 1. Migration und Integration zwischen Rumänien/Bulgarien und dem Ruhrgebiet

Deutschland ist seit jeher ein Einwanderungs- und Migrationsland. Schon im 19. Jahrhundert und bis zum Ersten Weltkrieg kam es im Zusammenhang von ländlicher Armut und Industrialisierung zu massiven Migrationsbewegungen. Aus den seit der Reichsgründung 1871 zu Deutschland zählenden Gebieten wanderten über fünf Millionen Menschen vor allem in die USA aus. Umgekehrt wanderten millionenfach Menschen in das Gebiet des späteren Deutschen Reiches ein, vor allem in die sich industrialisierenden Ballungsräume wie das Ruhrgebiet.<sup>1</sup> Wie stark Wanderungsdynamiken das Leben bis heute bestimmen, zeigt sich an der Arbeits- und der Fluchtmigration. Jährlich verlassen etwa eine Million Menschen das Land, und gerade infolge der syrischen Flüchtlingsbewegung 2015 und des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine wanderten noch wesentlich mehr Menschen nach Deutschland ein. Allein zwischen 2015 und 2019 überstieg die Zahl der Menschen, die nach Deutschland einwanderten, den Anteil der Personen, die das Land verließen, um mehr als 2,7 Millionen. Diese Einwanderung ist dringend nötig, denn „[o]hne Nettozuwanderung würde sich die Bevölkerung im Erwerbsalter bereits bis 2035 um rund 9 Millionen Menschen verringern.“<sup>2</sup>

Die herausragende Rolle von Migration lässt sich am Beispiel des Ruhrgebiets verdeutlichen. Hier wuchs die Bevölkerung seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sehr schnell an – und zwar um mehr als das Zehnfache von etwa 220.000 Menschen um 1816 auf zirka 2,6 Millionen im Jahr 1905 und etwa 3,8 Millionen im Jahr 1925. Im Jahr 1961 erreichte das Ruhrgebiet mit 5,7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern einen Höchststand. Trotz aller Struktureinbrüche bei den früher prägenden Branchen Kohle und Stahl leben noch immer über 5 Millionen Menschen im Ruhrgebiet. Mehr als drei Viertel der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung arbeitet in

---

1 Vgl. Sternberg 2018.

2 [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/06/PD19\\_242\\_12411.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/06/PD19_242_12411.html); vgl. auch [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Wanderungen/\\_inhalt.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Wanderungen/_inhalt.html).

den 2020er Jahren im Dienstleistungssektor.<sup>3</sup> Dabei ist auch das Ruhrgebiet – ähnlich wie ganz Deutschland – schon immer durch sehr komplexe Wanderungsdynamiken gekennzeichnet. Bereits im 19. Jahrhundert gab es komplexe Mobilitätsdynamiken von Einwanderung, Rückkehrwanderung, Pendelwanderung bis hin zu transnationaler Expertenwanderung. Letztere entstand in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, als Ingenieure und Unternehmer zwischen den Hochburgen der aufkommenden Industrialisierung hin- und herreisten, und manchmal auch (vorübergehend oder dauerhaft) ihren Lebensmittelpunkt in ein anderes Land verlegten, um Wissen zu erwerben und Märkte zu erschließen (Pries 2013).

Seit zweihundert Jahren ist das Ruhrgebiet eine der am dichtesten besiedelten Regionen in Deutschland und Europa. Die Migrationsdynamik hat hier mit der EU-Osterweiterung noch einen wesentlichen Schub erhalten.<sup>4</sup> Das gilt für Polen und die Länder des ehemaligen Jugoslawiens ebenso wie für die zuletzt beigetretenen Länder Bulgarien und Rumänien. Gerade im Zusammenhang mit der 2014 in Kraft getretenen vollen EU-Freizügigkeit für Bulgarien und Rumänien – oft als EU2-Zuwanderung bezeichnet – kamen Schlagworte wie ‚Armutsmigration‘, ‚Einwanderung in Sozialsysteme‘ und ‚Problemhäuser‘ auf. Im Gegensatz dazu wurden während der Covid-19-Pandemie Diskriminierungs- und Ausgrenzungsmechanismen wie beispielsweise die ausbeuterischen Arbeits- und Wohnverhältnisse in der Schlachtindustrie für bulgarische und rumänische Arbeitsmigrierende thematisiert. Die öffentliche Wahrnehmung und Diskussion der Migration aus Rumänien und Bulgarien bewegen sich also zwischen zwei Extremen. Auf der einen Seite wird die Zuwanderung vorwiegend als Problem fehlender Integrationswilligkeit, des Sozialmissbrauchs oder mangelnder Qualifikationen wahrgenommen. Am anderen Pol werden die Notwendigkeit von (Fachkräfte-)Zuwanderung betont und die Herausforderungen von prekären Arbeits- und Wohnbedingungen rumänischer und bulgarischer Beschäftigter etwa in der Fleischindustrie thematisiert.

In diesem Spannungsfeld sind die hiermit vorgelegten Studienergebnisse verortet. Mit Hilfe von umfangreichen eigenen Erhebungen in ausgewählten Kommunen des Ruhrgebiets sowie in den Herkunftsländern Bulgarien und Rumänien und durch die Auswertung bereits vorhandener Daten und

---

3 Vgl. <https://www.rvr.ruhr/daten-digitales/regionalstatistik/>; <https://de.wikipedia.org/wiki/Ruhrgebiet>.

4 Vgl. Statistikportal des Regionalverbands Ruhr zur demografischen Entwicklung im Ruhrgebiet insgesamt <https://statistikportal.ruhr/#Demografie>.

Studien sollen die tatsächlichen Migrationsdynamiken zwischen diesen Regionen erfasst werden. Mit welchen Zielen kommen die Menschen aus den EU2-Ländern ins Ruhrgebiet? Wann und warum wandern sie wieder zurück oder in andere Regionen? Welche Migrationserfahrungen haben sie gegebenenfalls vor ihrer Ankunft im Ruhrgebiet gemacht? Aus welchen Gründen entscheiden sich einige Migrierende zu einem dauerhaften Verbleib in Deutschland? Wie ändern sich die Migrationsabsichten im Laufe des Lebens und durch welche Faktoren werden sie beeinflusst?

Um solche Fragen beantworten zu können und ein ganzheitliches Bild der Migrationswirklichkeit zwischen Rumänien, Bulgarien und dem Ruhrgebiet zu gewinnen, nimmt diese Studie drei Aspekte in den Fokus. Zunächst betrachtet sie die tatsächlichen Migrationsverläufe und -absichten der Menschen selbst. Hierzu wurden umfangreiche Befragungen von insgesamt 600 Migrierenden durchgeführt. Zweitens wurden über 60 Interviews mit Beauftragten für Migration und Integration von Kommunen, Trägern der Freien Wohlfahrtspflege (im Folgenden oft nur als Träger bezeichnet) und Nichtregierungsorganisationen in sechs Ankunftskommunen des Ruhrgebiets durchgeführt. Dabei ging es vor allem darum, die Wahrnehmungen und Sichtweisen dieser Expertinnen und Experten kennenzulernen. Sind diese vielleicht einseitig auf Einwanderung getrimmt und interpretieren die zirkuläre oder Rückkehrwanderung von Menschen als Fehlleistung? Schließlich wurden auch die Erfahrungen und Perspektiven von kommunalen Vertretungen aus Herkunftskommunen in Rumänien erhoben.

Die empirischen Befunde zeigen recht deutlich, dass man unterschiedliche Migrationstypen unterscheiden sollte. Es gibt Menschen, die aufgrund ihrer tatsächlichen Wanderungsverläufe und der geäußerten Zukunftspläne als *Zuwanderer* bzw. *Immigranten* bezeichnet werden können. Einen zweiten Typus bilden diejenigen, die nach einigen Jahren in ihr Herkunftsland *zurückwandern* wollen und dort auch ihren eindeutigen Bezugspunkt haben. Drittens gibt es auch solche Migrierende, die ihren Lebensmittelpunkt als *zirkulär Wandernde* zwar weiterhin im Herkunftsland haben und trotzdem recht regelmäßig für begrenzte Zeiträume, etwa zu Erntearbeiten oder projektbezogenen Arbeiten, ins Ruhrgebiet kommen. Schließlich findet sich auch ein Typus von *transnational Migrierenden*, die weder eine eindeutige Selbstverortung noch klare Zukunftspläne im Hinblick auf Migration besitzen, da sich ihre Familienmitglieder und Lebensbezugspunkte über mehrere Länder verteilen.

Diese vier Gruppen von Einwandernden, Rückkehrwandernden, zirkulär Wandernden und transnational Wandernden entsprechen *idealtypischen Unterscheidungen*. In der Realität ist die Zuordnung von Menschen zu diesen Kategorien weder für diese selbst noch für kommunale Migrations- und Integrationsbeauftragte eindeutig. Selbst wenn Migrierende mit der klaren Absicht nach Deutschland kommen, nach einigen Jahren wieder an ihren Herkunftsort zurückzukehren, ist es möglich, dass sie sich während ihres Aufenthaltes im Ruhrgebiet umorientieren. Sie schwanken dann zwischen Rückkehrwanderung und Einwanderung. Aber auch wenn die Zuordnung Migrierender zu einem dieser vier Idealtypen schwierig ist, ist sie aus verschiedenen Gründen wichtig. Erstens kann sie (die Zuordnung) insbesondere in der Ankommens- und Integrationsarbeit dabei helfen, die divergenten Lebenslagen und Zukunftspläne von Migrierenden zu verstehen und ihren Erwartungen und Bedürfnissen dadurch gerechter zu werden. Zweitens ist dies gerade für kommunale Ankommens- und Integrationsarbeit wichtig, weil Migrierende unterschiedliche Erwartungen und Bedürfnisse haben. Schließlich hilft die Differenzierung dieser Migrationstypen dabei, eine der sozialen Wirklichkeit angemessenere Migrations- und Integrationspolitik zu gestalten. Hierbei zeigte sich insgesamt, dass sich die Wirklichkeitsdeutungen und Agenden aller drei Gruppen stark unterscheiden. Diese Studie kann hoffentlich zu einem besseren Verstehen und Erklären der komplexen Migrationsdynamik beitragen. Dazu wird im Folgenden zunächst der bisherige Stand der sozialwissenschaftlichen Forschung und das eigene konzeptionelle sowie methodische Vorgehen erläutert.

### 1.1 Für eine erweiterte Perspektive auf Migration als komplexen Prozess

Lange Zeit herrschten in gesellschaftlichen Diskussionen wie auch in der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung zwei Annahmen vor. Erstens ging man davon aus, dass internationale Migration ein mehr oder weniger klar gegliederter, berechenbarer und meistens einmaliger Vorgang ist, bei dem Menschen ihre Koffer packen und in ein anderes Land auswandern würden, um sich dort ein neues Leben aufzubauen. Eine zweite Unterstellung war, dass sich Migrationsdynamiken durch staatliche Kontrollen und Anreizstrukturen weitgehend steuern ließen. So sollte etwa durch die sogenannte ‘Gastarbeiter’-Politik erreicht werden, dass die Menschen, die wegen akuter Arbeitsmarktprobleme rekrutiert worden waren, nach Ablauf ihrer

formalen Aufenthaltsgenehmigungen (von zwei oder drei Jahren) wieder in ihr Herkunftsland zurückkehrten. Die tatsächlichen Entwicklungen und auch die historische Forschung haben beide Annahmen als der Wirklichkeit nicht angemessen ausgewiesen.<sup>5</sup>

Internationale Migration ist ein offener Prozess. Ziele und Pläne ändern sich in der Regel im Laufe der Zeit, nicht zuletzt, weil die Migrierenden völlig neue Erfahrungen machen. Eine geplante dauerhafte Auswanderung kann sich in eine Rückkehrwanderung verändern – das war beispielsweise bei etwa einem Viertel bis einem Drittel der großen Überseeauswanderungen aus Europa vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg der Fall. Sozialkontakte, Kommunikationsaustausch, sozialkulturelle Identitäten und Lebenspläne können sogar über mehrere Generationen hinweg im wahrsten Sinne des Wortes grenzüberschreitend sein. Diese Dynamik wird stark durch wechselseitige Selbst- und Fremdwahrnehmungen und -bezeichnungen zwischen Migrierenden, bereits früher Migrierten und über Generationen Sesshaften beeinflusst. Solche Faktoren prägen das Ankommen an einem neuen Platz, die Teilhabe am wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Leben und die mögliche längerfristige Integration (Pries 2020, 2024). Gerade deshalb ist – wie wir ausführlicher in Abschnitt 2.3 begründen und zeigen werden – die Unterscheidung verschiedener Idealtypen internationaler Migration wie Auswanderung, Rückkehrwanderung, zirkuläre Wanderung und transnationale Wanderung hilfreich. Dies gilt insbesondere für die Europäische Union (EU), in der die volle Freizügigkeit bezüglich Arbeit und Wohnen für 27 Länder gilt, die sich hinsichtlich ihrer Geschichten, Kulturen, Sprachen und Wirtschaftsbedingungen teilweise sehr stark unterscheiden.

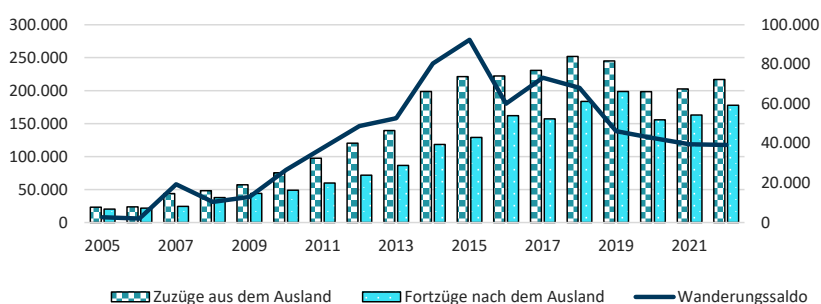
Das zeigt sich auch im Hinblick auf das Ruhrgebiet und die EU2-Länder Bulgarien und Rumänien. Beide Länder traten 2007 der EU bei, und seit 2014 besteht volle Personenfreizügigkeit mit Deutschland. Bis dahin war der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt hauptsächlich auf höher Qualifizierte eingeschränkt. Allerdings begann die Migration zu Beschäftigungszwecken nach Deutschland – auch von formal noch nicht Anspruchsberechtigten – bereits früher. Diese wurde und wird vor allem über soziale Netzwerke etwa als Saisonarbeit, mittels Soloselbstständigkeit und über Entsendeagenturen organisiert. Die Pflege- und Baubranche sowie die Fleischindustrie hatten großes Interesse an EU2-Beschäftigten, die oft in

---

5 Vgl. zur Geschichte der Migration etwa Bade 2000 und Bade/Oltmer 2004.

prekären, nicht sozialversicherungspflichtigen oder über Subunternehmen arrangierten Arbeitsverhältnissen angestellt waren und häufig zwischen Ankunfts- und Herkunftsregionen migrierten.<sup>6</sup> Die Abbildungen 1.1 und 1.2 verdeutlichen, dass der Wanderungssaldo (rechte Skala), also das Mehr an Auswanderung nach Deutschland im Vergleich zur Rückwanderung in die EU2-Länder, nach der Einführung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit im Jahr 2014 signifikant anstieg und sich ab 2016 tendenziell wieder verringerte. Gleichwohl bleibt das Niveau der Zu- und Fortzüge (linke Skala) bis in die Gegenwart zwischen 150.000 und 250.000 sehr hoch – schon dies deutet auf sehr komplexe Wanderungsmuster hin.

Abbildung 1.1: Wanderungen zwischen Deutschland und Rumänien, 2005-2022



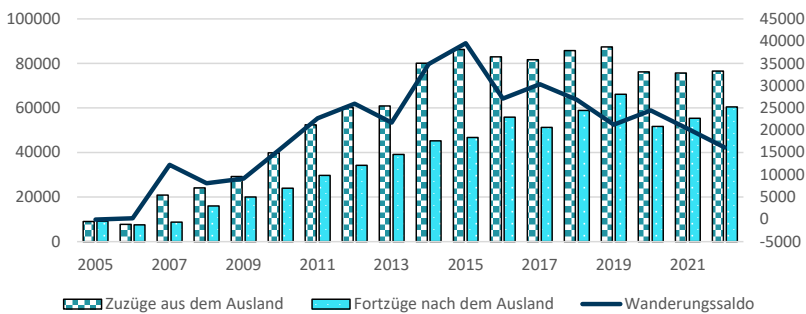
Quelle: DeStatist 2023

Die Anzahl rumänischer Migrierender ist im Vergleich zu bulgarischen wesentlich höher, was sich größtenteils aus der fast dreimal so großen Gesamtbevölkerung Rumäniens erklärt. Im Jahr 2023 machen Menschen aus Rumänien etwa 6,5 Prozent und solche aus Bulgarien 3,1 Prozent aller in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer aus (DeStatist 2024). Eine wesentliche Triebkraft für die Migration zwischen Deutschland und EU2 ist der ausgeprägte Niveauunterschied im Hinblick auf gesellschaftliche Wohlfahrt, Arbeitsmarkt- sowie generelle Lebenschancen. So betrug das durchschnittliche kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds im Jahr 2022 in Bulgarien etwa 31.900 US-Dollar, in Rumänien ca. 38.700

6 Vgl. Wagner/Hassel 2015.

US-Dollar, während es sich in Deutschland auf etwa 68.100 belief.<sup>7</sup> Das Durchschnittseinkommen lag 2023 in Deutschland bei knapp 31.000 Euro, in Rumänien bei etwa 10.000 Euro und in Bulgarien bei 9.300 Euro. Die nach den EU-Kriterien erhobene saisonbereinigte Arbeitslosenrate lag 2023 für Deutschland bei 3,1 Prozent, für Bulgarien bei 4,4 und für Rumänien bei 5,6 Prozent.<sup>8</sup> Schon diese wenigen Strukturdaten lassen erkennen, warum Menschen eine Arbeitsmigration aus EU2 nach Deutschland erwägen können.

Abbildung 1.2: Wanderungen zwischen Deutschland und Bulgarien, 2005-2022



Quelle: DeStat 2023

Ein wichtiger Grund, warum Deutschland die volle Personenfreizügigkeit – im Gegensatz zur Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten – für Bulgarien und Rumänien vom Beitrittsjahr 2007 aus über die maximale Übergangszeit bis 2014 hinauszögerte, war die Befürchtung, dass es zu einer umfangreichen ‚Armutszuwanderung‘, zu massivem ‚Sozialbetrug‘ bzw. ‚Sozialtourismus‘ (etwa durch unberechtigte Kindergeldbezüge) kommen könne. Den vorliegenden Studien nach hat sich diese Befürchtung trotz einzelner Fälle von Sozialmissbrauch nicht bestätigt. Auch handelte es sich keineswegs nur um die Einwanderung ärmerer und weniger Qualifizierter, sondern um eine gemischtqualifizierte Zuwanderung aus diesen Ländern.<sup>9</sup> Im

7 Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_L%C3%A4nder\\_nach\\_Bruttoinlandsprodukt\\_pro\\_Kopf](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_Bruttoinlandsprodukt_pro_Kopf).

8 Vgl. [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc\\_di17/default/table?lang=de](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_di17/default/table?lang=de); <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-euro-indicators/w/3-01032024-bp>.

9 Zu den Befürchtungen vgl. etwa Brücker et al. 2013; Jobelius/Stoiciu 2014; Bade 2014.

Bundesdurchschnitt lag die Beschäftigungsquote der aus EU2-Regionen Eingewanderten im Dezember 2023 mit 65,2 über dem Durchschnitt und die Arbeitslosenquote mit 9,9 Prozent unterhalb des Durchschnitts der ausländischen Bevölkerung. Die SGB-II-Hilfequote war zwar mit 14,1 Prozent immer noch höher als für den Durchschnitt aller EU-Staatsangehörigen, sie liegt mit 6,7 Prozent aber mittlerweile unter dem bundesweiten Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung. Im Zeitverlauf zeigt dabei die Gruppe der aus Bulgarien Eingewanderten höhere Arbeitslosen- und SGB-II-Hilfequoten als die der rumänischen Migrierenden (Brücker et al. 2024). Auch in NRW hat sich die Beschäftigtenquote unter den aus EU2 stammenden Menschen im letzten Jahrzehnt stark erhöht, sie lag 2018 weit über dem Durchschnitt der in NRW lebenden ausländischen Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren (Sieglén 2020).<sup>10</sup>

Die Daten für das Ruhrgebiet zeichnen ein teils anderes Bild. Für das Jahr 2022 reichten die Beschäftigtenquoten der aus Bulgarien und Rumänien Zugewanderten von überdurchschnittlichen 66 Prozent im Kreis Recklinghausen bis zu stark unterdurchschnittlichen 31 Prozent in Hagen. Auch die Arbeitslosen- und SGB-II-Quoten fielen für 2022 höher aus als im Bundesdurchschnitt.<sup>11</sup> Im Ruhrgebiet trifft die Migration zudem auf schrumpfende Städte mit hohem Wohnungsleerstand, auf für einen Bevölkerungsanstieg nicht genügend ausgerichtete Regelstrukturen wie Schulen und Kitas und verschuldete kommunale Haushalte, aus denen sich wenig mehr als die Integrations-Pflichtaufgaben finanzieren lassen.<sup>12</sup> Sichtbar wurden vor allem diejenigen Migrierenden, die sich zunächst in vom Strukturwandel besonders betroffenen Stadtteilen und unter prekären Wohn- und Arbeitsbedingungen niedergelassen hatten. Nachbarschaftliche Konflikte und teilweise äußerst prekäre Lebenssituationen konzentrierten sich auf einige

---

10 Vgl. auch Brücker et al. 2015; Brücker et al. 2020; dennoch wurden per Gesetzesänderung zum 29.12.2016 diejenigen Personengruppen für fünf Jahre von Leistungen des SGB II (ALG II) und SGB XII (Sozialhilfe) ausgeschlossen, die nur über ein Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche verfügten, nicht erwerbstätig waren und keine ausreichenden Existenzmittel hatten (materielles Aufenthaltsrecht) oder nur ein Aufenthaltsrecht als Kinder ehemals Beschäftigter nach Art. 10 VO 492/2011 besaßen (Voigt 2017: 33f.); der Deutsche Städtetag forderte 2018 zudem mit Blick auf rumänische und bulgarische Familien erfolglos die Verringerung der Kindergeldzahlungen für die Fälle, in denen Kinder in den Herkunftsländern lebten, vgl. <http://www.staedtetag.de/presse/statements/086152/index.html>.

11 Vgl. Daten im digitalen Anhang: [https://portal.nomos.de/download/qr/978-3-7560-1586-3/978-3-7560-1586-3\\_Sekundaerdaten-Zusudo\\_final.xlsx](https://portal.nomos.de/download/qr/978-3-7560-1586-3/978-3-7560-1586-3_Sekundaerdaten-Zusudo_final.xlsx).

12 Vgl. Bogumil et al.; 2012.



Sozialräume und überforderten zu Beginn Träger und kommunale Dienste. Es folgten deutschlandweit und international beachtete Medienberichte zu Straßenstrichen und vermüllten ‚Problemhäusern‘.<sup>13</sup> Um die Herausforderungen bewältigen zu können, richteten die Kommunen Forderungen nach einem stärkeren Engagement an Land, Bund und die Europäische Union.<sup>14</sup>

Insgesamt zeigt sich, dass die öffentliche Debatte im Hinblick auf die EU2-Zuwanderung sehr zugespitzt und kontrovers geführt wurde. Letztere wurde in Politik und Gesellschaft vorwiegend als Problem und Herausforderung behandelt, während die Migration rumänischer und bulgarischer Fachkräfte, Ärzte oder Akademikerinnen, die in den Herkunftsländern zum Teil zu erheblichen Lücken in der lokalen Versorgung führte, kaum thematisiert wurde. Diese generellen Diskussionen beeinflussten auch das lokale Integrationsmanagement in den Kommunen. Vor allem die als Roma bezeichneten Migrierenden aus EU2 wurden als Problemgruppe wahrgenommen. Diese besäßen vergleichsweise schlechte Qualifikationen und Arbeitsmarktchancen, bänden ihre Kinder kaum in das allgemeine Schulsystem ein und seien insgesamt nur schwer für Integrationsmaßnahmen zu gewinnen.<sup>15</sup> In der öffentlichen Wahrnehmung entstand das Bild, dass es sich bei den EU2-Zugewanderten vor allem um Angehörige der Roma-Minderheiten handelt. Schätzungen gehen jedoch davon aus, dass höchstens ein Drittel der aus Rumänien und Bulgarien Zugewanderten dieser Gruppe zugeordnet werden können.<sup>16</sup> Dabei bleibt allerdings völlig offen, wie sich

---

13 Vgl. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/armutsprostituierte-aus-osteuropa-eine-frau-fuer-fuenf-euro-100.html>; <https://publik.verdi.de/ausgabe-2011-05/f%C3%BCr-ein-paar-euro-am-tag/>; <https://www.deutschlandfunkkultur.de/armutsprostituierte-aus-osteuropa-eine-frau-fuer-fuenf-euro-100.html>.

14 Vgl. Stadt Dortmund; 2012; das Positionspapier des Deutschen Städtetages von 2013: [http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/fachinformationen/2013/positionspapier\\_zuwanderung\\_2013.pdf](http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/fachinformationen/2013/positionspapier_zuwanderung_2013.pdf); Schmidt 2019.

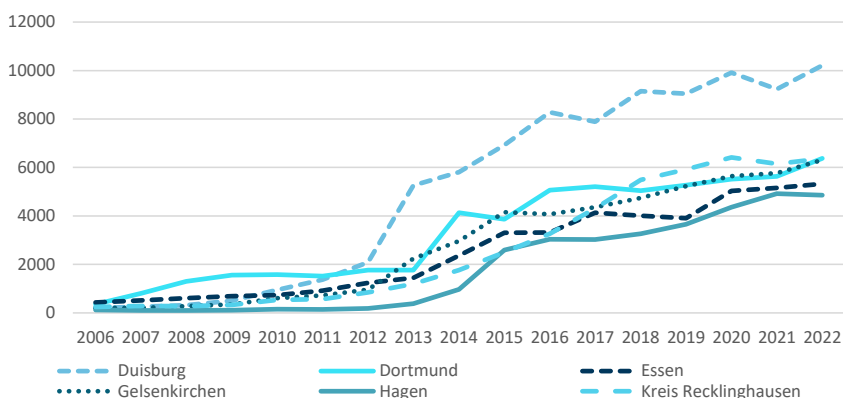
15 Vgl. Matter 2015; Geiges et al. 2017.

16 Vgl. für Dortmund <https://www.ruhrnachrichten.de/dortmund/in-diese-stadtbezirke-ziehen-zunehmend-rumaenen-und-bulgaren-aus-einem-ziehen-sie-weg-plus-1444783.html>; [https://www.deutschlandfunk.de/zuwanderung-aus-rumaenien-und-bulgarien-von-724.de.html?dram:article\\_id=436770](https://www.deutschlandfunk.de/zuwanderung-aus-rumaenien-und-bulgarien-von-724.de.html?dram:article_id=436770); für Hagen [https://www.deutschlandfunkkultur.de/armutszuwanderung-aus-osteuropa-hagen-im-ruhrgebiet-statt-1001.de.html?dram:article\\_id=448303](https://www.deutschlandfunkkultur.de/armutszuwanderung-aus-osteuropa-hagen-im-ruhrgebiet-statt-1001.de.html?dram:article_id=448303); zum Besuch des NRW-Arbeitsministers in Rumänien vgl. <https://www.wn.de/Welt/Politik/3830015-NRW-Arbeitsminister-besucht-Roma-Siedlung-in-Rumaenien-Zwischen-Ausgrenzung-und-Armut>; zum Anteil von Romanes an den Migrierten vgl. Bainski 2019: 9 und eine etwas ältere Schätzung von Cahn/Guild 2008.

die entsprechenden Menschen selbst sehen und welchen sozialkulturellen Gruppen sie sich zuordnen.

Die Debatten um die EU2-Zuwanderung konzentrierten sich lange Zeit auf das Ruhrgebiet, in dem sich auch ein beachtlicher Teil der EU2-Migration verdichtet. Im Jahr 2022 verzeichneten die Städte Duisburg (25.960), Dortmund (11.385), Gelsenkirchen (10.340), Essen (8.350), der Kreis Recklinghausen (8.300) und Hagen (7.165) die meisten EU2-Eingewanderten im Regionalverband Ruhr. Danach folgten mit einigem Abstand Hamm (4.375) sowie die Kreise Unna (3.785) und Herne (3.350), Bochum (3.685) und die restlichen dem RVR zugehörigen Städte und Kreise (IT.NRW 2024). Die Abbildungen 1.3 und 1.4 zeigen die registrierte Zuwanderung aus Rumänien bzw. Bulgarien für sechs Gebietseinheiten im Ruhrgebiet, in denen die Zuwanderung am stärksten ausgefallen ist.<sup>17</sup> Auffallend für beide Gruppen ist die besonders starke Zuwanderung nach Duisburg. Für die rumänische Einwanderung lässt sich sagen, dass neben Duisburg vor allem der Kreis Recklinghausen zwischen 2014 und 2018 einen ähnlich starken Anstieg verzeichnete.

Abbildung 1.3 Entwicklung rumänischer Einwohner in 6 Ruhrgebiets-Gebietseinheiten

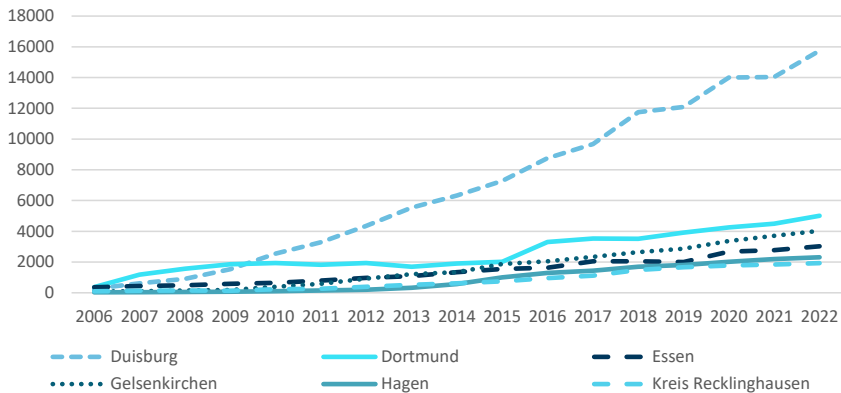


Quelle: IT.NRW 2024 (AZR)

17 Da vergleichbare und aktuelle Daten teilweise nur auf der Ebene der Einzelstädte oder der kreisfreien Städte und Kreise zur Verfügung standen, ist im Folgenden je nach Datenquelle nur von den *Städten* oder (wenn Städte und der Kreis Recklinghausen gemeint sind) von *Gebietseinheiten* die Rede.

In Dortmund, Gelsenkirchen, Essen und Hagen wächst die rumänische Bevölkerung seit 2015 bzw. 2016 dagegen etwas langsamer als in den Jahren 2013 bis 2014 (vgl. Abb. 1.3). Die Anzahl bulgarischer Eingewanderter wuchs bis 2020 in Duisburg extrem stark, dagegen blieb sie nahezu gleichmäßig auf relativ geringem Niveau in den Kommunen Gelsenkirchen, Hagen und im Kreis Recklinghausen. In Essen verringerten sich die bulgarische und die rumänische Bevölkerung um das Jahr 2018 leicht, in den Folgejahren stieg sie jedoch wieder an. Der Zuzug bulgarischer Eingewanderter nach Dortmund intensivierte sich im Jahr 2016 deutlich, blieb dann aber konstant auf einem ähnlich niedrigen Niveau wie in den drei zuvor genannten Kommunen (vgl. Abb. 1.4).

Abbildung 1.4: Entwicklung bulgarischer Einwohner in 6 Ruhrgebiets-Gebietseinheiten



Quelle: IT.NRW 2024 (AZR)

Schon diese wenigen Daten verweisen darauf, dass es seit den 2010er Jahren gewisse gemeinsame Entwicklungstrends in der EU2-Migration gibt, nämlich ein zunächst langsames und dann ab 2014 recht schnelles Anwachsen des Gesamtvolumens der Migration. Dabei ist zu beachten, dass es neben dem ansteigenden Gesamtsaldo der registrierten Migrierten aus Rumänien und Bulgarien weiterhin auch ein sehr hohes Niveau an jährlichen Ein- und Auswanderungen gibt, auch auf kommunaler Ebene.<sup>18</sup> Gleichzeitig zeigt sich eine starke Konzentration dieser EU2-Migration auf wenige Regionen

<sup>18</sup> vgl. Daten im digitalen Anhang: [https://portal.nomos.de/download/qr/978-3-7560-1586-3/978-3-7560-1586-3\\_Sekundaerdaten-Zusudo\\_final.xlsx](https://portal.nomos.de/download/qr/978-3-7560-1586-3/978-3-7560-1586-3_Sekundaerdaten-Zusudo_final.xlsx).

in Deutschland, wobei das Ruhrgebiet ein bedeutsamer Sammelpunkt ist. Ein genauerer Blick auf die kommunale Ebene ergibt aber auch, dass hier noch erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Städten und Kreisen bestehen. Auch diese Befunde sprechen dafür, die Migrationsdynamik zwischen Deutschland und den EU2-Ländern differenziert zu betrachten und dabei der kommunalen Ebene besondere Beachtung zu schenken. Angesichts der bestehenden Wissenslücken und vereinfachenden (Vor-)Urteile will die hiermit vorgelegte Untersuchung zum einen durch wissenschaftliche Evidenz zu einer Versachlichung der Diskussionen beitragen. Zum anderen möchten wir konzeptionelle und handlungspraktische Vorschläge unterbreiten, die zur Verbesserung des lokalen Managements von komplexen Migrations- und Integrationsdynamiken beitragen können.

## *1.2 Stand der Forschung, Konzeption der Studie und leitende Fragestellungen*

Die bisher skizzierten Entwicklungen der Migration aus Rumänien und Bulgarien nach Deutschland und speziell in Gebietseinheiten des Ruhrgebiets veranschaulichen die enormen Veränderungen in der Wanderungsdynamik der letzten zwanzig Jahre. Im Rahmen dieser Studie kann der längerfristige Wandel der Migration weder für das Ruhrgebiet noch für Deutschland insgesamt behandelt werden. Einige Hinweise auf vorliegende Untersuchungen hierzu müssen genügen, bevor wir dann auf die kommunale Ebene zurückkommen. Einer der wichtigsten Historiker der internationalen Migration fragte in einem neueren Aufsatz (Oltmer 2018a), ob man im Hinblick auf die letzten Jahrzehnte für Deutschland sinnvollerweise von einer „neuen Migration“ sprechen müsse, wobei sich das Neue auf die Migrationsdynamiken selbst und auf die Migrationsregime beziehen könne. Oltmer (ebd.: 28) resümiert, dass sich für „die bundesdeutschen Migrationsverhältnisse der vergangenen Jahrzehnte [...] die Migrationstopographie verschoben“ habe. Die vorher vorherrschende Migration aus südlichen, vor allem Mittelmeeranrainerstaaten habe sich zu einer Migration vor allem aus östlichen Ländern (vor allem der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten) verschoben. Gleichzeitig sei das Niveau der Fluktuation, also der beständigen Zu- und Abwanderungen, im Zusammenhang gerade der EU-Freizügigkeit besonders hoch, und viele neue restriktive Regulierungen erschwerten den Zuzug von Asylsuchenden.

Für den EU-Zusammenhang insgesamt liegen ebenfalls umfangreiche Studien vor (z. B. Scholten/Van Ostajen 2018, Jennissen et al. 2023), auf

die hier aber nicht näher eingegangen werden kann. Die Notwendigkeit einer *lokalen* Perspektive auf Migrationsprozesse und Migrationsregime ergibt sich keineswegs erst mit den Veränderungen der letzten Jahrzehnte. Dass Migrationsdynamiken immer auch lokal ausgehandelt und gestaltet werden, zeigen viele Beiträge eines Sammelbandes in einer historisch-sozialwissenschaftlichen Perspektive an ausgewählten Beispielen seit dem 19. Jahrhundert (Oltmer 2018b). Für die gegenwärtige Situation von Migration und Integration in Deutschland wird die Bedeutung des Blicks auf die lokalen Bedingungen durch viele neuere Studien und Publikationen unterstrichen (vgl. etwa Gesemann/Roth 2021).

So betont ein im Auftrag der Diakonie Hamburg erstellter Literaturbericht „[z]ur Situation von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern aus Bulgarien, Rumänien und Polen in Deutschland“, dass gerade die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit die Länder und besonders die Kommunen und die Systeme der sozialen Wohlfahrtssicherung vor enorme Herausforderungen stelle. Dabei sollten „typische Muster der Inanspruchnahme der Arbeitnehmerfreizügigkeit“ (Kovacheva/Cyrus 2020: 40) berücksichtigt werden, wie vor allem die Unterscheidung zwischen Unionsbürgerinnen und -bürgern mit und ohne klare Bleibeperspektive. Denn die Anforderungen an die Systeme sozialer Sicherung, die Bedarfe an Ankommen, Teilhabe und Integration unterscheiden sich jeweils für die unterschiedlichen Migrationsgruppen.<sup>19</sup>

In einer anderen Studie wurden 23 rumänische Migrierende in Deutschland, vor allem ausgehend von Berlin, sowie 25 Informationsvermittler und Beraterinnen im Hinblick auf das soziale Sicherungssystem (*welfare brokers*) in Deutschland mithilfe von Leitfadeninterviews nach ihrer sozialen Praxis, den Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Inanspruchnahme von Leistungen der sozialen Sicherung befragt (Voivozeanu/Lafleur 2023). Dabei zeigte sich, dass gerade die Migrierendengruppen mit besonders prekären Beschäftigungs- und Wohnverhältnissen die größten Schwierigkeiten haben, überhaupt Informationen zu den Sicherungsleistungen zu erhalten und dann auch ihre Rechte einzufordern.

Fokussiert auf die Stadt Duisburg und hier speziell den Stadtteil Marxloh wurden in einer Fallstudie rumänische und bulgarische Eingewanderte, in Marxloh alteingesessene Menschen deutscher oder anderer Staatsangehörigkeiten (vor allem aus der Türkei und Polen) sowie Expertinnen und Experten aus Politik und Stadtverwaltung befragt (Böckler et al. 2018).

---

19 Vgl. auch Kovacheva/Cyrus 2022 für die Ergebnisse der empirischen Studie in der Stadt Hamburg.

Dabei zeigte sich nach Aussage der Autorinnen und Autoren, dass die überwiegende Mehrheit der neu Zugewanderten dauerhaft in Deutschland bleiben möchte, Verbesserungsbedarf für sich in fast allen Lebensaspekten (Arbeiten, Wohnen, Spracherlernen, Bildung etc.) sieht und gezielte Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache und bei der Arbeitssuche erwartet. Wenn diese Studie zu dem Schluss kommt, dass „Neuzuwanderer aus den EU-2-Ländern dauerhaft in Duisburg bleiben werden“ (ebd.: 7), so wird im weiteren Verlauf der hier vorgelegten Untersuchung zu prüfen sein, ob dies nicht eine zu grobe Reduktion der Komplexität von Migrationsdynamiken und Zukunftserwartungen ist (vgl. Kapitel 2 und 3).

Eine vom NRW-Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration beauftragte Untersuchung zur Rolle der Nachbarschaftsbeziehungen für gelingendes Ankommen und die Integration von Migrierenden legten Kurtenbach und Rosenberger (2021) vor. Anhand von vier Teilstudien auf Stadtteilebene in Dortmund, Köln, Metelen und Münster zeigten sie, dass die räumlich-nachbarschaftlichen Beziehungen eine wesentliche Ressource für die Integrationserfahrungen im Alltagsleben sind. Diese Quartiersbeziehungen entwickeln sich aber nicht einfach und automatisch in einem integrationsförderlichen Sinn. Sie benötigen vielmehr eine Unterstützung durch differenzierte und sensibel auf die unterschiedlichen Migrationsgruppen und Stadtteilbedingungen eingehende kommunale Integrationspolitik. Dabei sind auch besonders die Themen Diskriminierung und Rassismus zu adressieren, um Grundlagen für Vertrauensbeziehungen zu legen. In einer anderen Veröffentlichung erweitern Kurtenbach und Gehne (2024) die Perspektive auf eine transnationale Integrationsarbeit: Wenn man die lokale Ebene für das Verstehen von Migrations- und Integrationsdynamiken tatsächlich ernst nimmt, so muss dies für die Herkunfts- und die Ankunftsregion gleichermaßen gelten.

Ebenfalls ausgehend von der Einsicht, dass Migration und Integration vor allem lokal stattfinden und zu gestalten sind, thematisieren Kühn et al. (2024) in einer neueren politikwissenschaftlichen Studie das Verhältnis zwischen Bund, Ländern und Kommunen im Hinblick auf Integrationsaufgaben. Angesichts knapper Ressourcen werden Verantwortlichkeiten nicht selten zwischen diesen Ebenen hin- und hergeschoben. Letztlich müssen aber die Kommunen vor Ort die Aufgaben von Migration und Integration bearbeiten. Die Untersuchung plädiert dafür, dass den Kommunen für die 'Pflichtaufgabe Integration' zwar eigentlich dauerhaft die angemessenen finanziellen und personellen Mittel bereitgestellt werden müssten, dass kommunale Integrationsfachleute allerdings realistisch gesehen keine zu

großen Hoffnungen entwickeln sollten. Denn eine krisenfeste, das heißt auch von den wechselnden politischen Mehrheitsverhältnissen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene unabhängig gewährleistete Struktur für Integrationsarbeit ist bisher noch nicht verwirklicht. So besteht weiterhin ein Spannungsverhältnis zwischen den politischen Weichenstellungen auf Länder- und Bundesebene sowie der Eigendynamik von Migrationsprozessen einerseits und den letztlich auf der kommunalen Ebene zu bearbeitenden Aufgaben von Migration, Ankommen, Teilhabe und Integration andererseits. Selbst wenn den Kommunen von Bund- und/oder Länderseite eine formalrechtlich expliziter formulierte 'Pflichtaufgabe Integration' zugeschrieben würde, wären damit die Ressourcenfragen noch nicht gelöst.

Diese Strukturprobleme werden zusätzlich dadurch verstärkt, dass die kommunale Integrationsarbeit in Deutschland stark nach Bundesländern ausdifferenziert ist, da diese über eigene Integrationspolitiken, -geschichten und Gesetzesregulierungen verfügen: „Die Länder haben Gestaltungs- und Regelungsspielräume in der Integrationspolitik. Sie nutzen diese, um eigene integrationspolitische Akzente zu setzen. [...] So unterschiedlich die Ressortierung der Integration im Einzelnen erfolgt ist, dies hat nicht zu einer vollständigen Ausdifferenzierung oder Sektoralisierung der Integrationspolitik geführt. Diese bleibt vielmehr ein hybrides politisches Handlungsfeld mit einer starken querschnittsförmigen Komponente. Integration und Integrationspolitik werden entscheidend von Akteuren jenseits der Integrationsministerien gestaltet.“ (Blätte 2017: 54).

Ab 2005 wurden in einigen Bundesländern (NRW, Baden-Württemberg) Ministerien auch explizit mit den Auftrag und häufig Namen der Integration versehen. Ab 2010 wiederum verabschiedeten verschiedene Bundesländer spezifische Integrationsgesetze: Berlin, NRW, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Bayern (Schupp/Wohlfarth 2022). Dabei sind „die Unterschiede zwischen den Gesetzen in Berlin, NRW und Baden-Württemberg einerseits und Bayern andererseits gravierend“ (Blätte 2017: 54). So definieren die ersten vier Bundesländer in den entsprechenden Gesetzen ein teilhabe- und integrationsorientiertes Leitbild, während das bayerische Integrationsgesetz stärker auf Assimilation und deutsche Leitkultur setzt (ebd.: 46). Auch alle anderen Bundesländer haben spezifische Konzepte und Rechtsrahmen definiert, aber keine spezifischen Integrationsgesetze verabschiedet.

Ziel der hiermit vorgelegten Studie ist es, den Blickwinkel auf eine äußerst dynamische, transnationale und diverse Migrationsbewegung zwi-

schen den EU2-Ländern und Deutschland, hier speziell dem Ruhrgebiet, zu erweitern. Wenn wir diese Wanderungsdynamiken besser verstehen und erklären, können Stereotype und Stigmatisierungen einzelner Gruppen wie ‚der Roma‘ überwunden werden. Dann können auch Prozesse des Ankommens, der Teilhabe und der Integration differenzierter betrachtet und unterstützt werden. Dabei geht es von Anfang an darum, auch die Herkunftskontexte und -kommunen mit in den Blick zu nehmen. Denn die meisten der vorliegenden Untersuchungen zur EU2-Zuwanderung fokussieren fast ausschließlich den jeweiligen Ankunfts-kontext in Deutschland. Dabei wird ‚gelungene Migration‘ in der Regel einseitig als Einwanderung gefasst, also als eine Art Einbahnstraßenentwicklung des Wechsels von einem Herkunftsort in Bulgarien oder Rumänien hin zu einem Ankunfts-ort in Deutschland bzw. im Ruhrgebiet. Eine Differenzierung von Migrationstypen, wie bereits dargestellt etwa zwischen Einwanderung, Rückkehr-wanderung, zirkulärer und transnationaler Wanderung, wird kaum vorge-nommen. Bei Rückkehr- oder Weiterwanderung wird dann in der Regel an die Migrierendengruppen gedacht, deren Arbeitsmarktteilhabe wegen fehlender Qualifikationen als schwierig oder deren sozialkulturelle Anpas-sungsbereitschaft als niedrig eingeschätzt werden. Letzteres betrifft dann oft zumindest implizit die Gruppe der Roma.<sup>20</sup>

Gleichzeitig zeigen Untersuchungen, dass Arbeitsmigrierende aus EU2-Ländern seit der EU-Freizügigkeit besonders in Branchen mit einem hohen Maß prekärer Arbeitsbedingungen beschäftigt sind.<sup>21</sup> So konzentrierte sich im Jahr 2018 mehr als die Hälfte der EU2-Beschäftigten in NRW in den Berufssegmenten *Lebensmittel- und Gastgewerbeberufe* und *Verkehrs- und Logistikberufe*, und zwar auf den beiden unteren Anforderungsniveaustufen *Helfer* und *Fachkraft*. Beschäftigte aus Bulgarien und Rumänien waren dabei wesentlich häufiger als andere aus dem Ausland stammende Arbeits-kräfte in diesen Sektoren mit problematischen Arbeitsbedingungen tätig

---

20 Vgl. Sandner Le Gall; 2016; vgl. auch Cöster 2015 oder die Ausgabe Stadtforschung und Statistik, Jg. 28, H. 2; Ceylan (2018) zeigt auf, wie die neueren Migrationen nach Duisburg im Rahmen der EU-Erweiterungen mit dem Konzept der Etablierten-Außen-seiter-Figuration von Norbert Elias untersucht werden können: inzwischen gehö-ren viele ältere Immobilien in Einwanderungsvierteln Personen aus der inzwischen etablierten Einwanderergruppe der Türkeistämmigen; Konflikte ergeben sich z.B., wenn nicht renovierte Wohnungen überteuert an EU2-Migrierte vermietet werden.

21 Vgl. Birke 2022; Loschert et al. 2023; Hassan et al. 2024.



(Sieglén 2020: 40ff.).<sup>22</sup> Gerade während der Covid-19-Pandemie traten die prekären Arbeits- und Wohnverhältnisse von EU2-Beschäftigten etwa in der Fleischindustrie zutage.<sup>23</sup> Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien sind außerdem überdurchschnittlich häufig im Sektor der Land-, Forst- und Gartenbauberufe tätig, der oft mit saisonalen Pendelmigrationen einzelner Familienmitglieder und entsprechend transnationalen Haushalts- und Sorgearrangements verbunden ist.<sup>24</sup>

Vor dem Hintergrund dieser Sachlage und des gegenwärtigen Standes entsprechender Forschungen zielt diese Studie erstens und vor allem darauf ab, die lokalen und grenzüberschreitenden *Migrationsdynamiken* zwischen den Herkunftsregionen, früheren Auslandsaufenthalten (etwa in anderen romanisch-sprachigen Ländern wie Spanien oder Italien) und ausgewählten Kommunen im Ruhrgebiet zu registrieren. Dabei sollen sowohl die tatsächlichen Wohn- und Arbeitsstationen im Lebensverlauf als auch die jeweiligen lebensweltlichen und biographischen Orientierungen der Menschen erfasst werden. Dafür ist es wichtig, Daten zu den lokalen und grenzüberschreitenden Familienkonstellationen und Netzwerken sozialer Beziehungen aufzunehmen, um die individuellen Migrations- und Lebensverläufe eingebettet in ihren sozialen Umwelten zu verstehen. Leitend sind dabei die Fragen wer für wie lang, mit welchem Ziel migriert und welche transnationalen Organisationen und Netzwerke relevant sind (vgl. Abbildung 1.5).

Zweitens sollen diese personenbezogenen Migrationsdynamiken in die Kontexte sowohl der Herkunfts- als auch der Ankunftscommunities eingebettet werden. Dazu wurden relevante Daten zur Entwicklung der EU2-Migration in ausgewählten Ruhrgebietskommunen zusammengestellt und Interviews mit dortigen Behördenvertretern und Expertinnen von Nichtregierungsorganisationen durchgeführt. Hierdurch wird es möglich, die jeweiligen Vorstellungen und Konzepte zu Migration und Integration in den öffentlichen Verwaltungen und migrationsbezogen arbeitenden Orga-

---

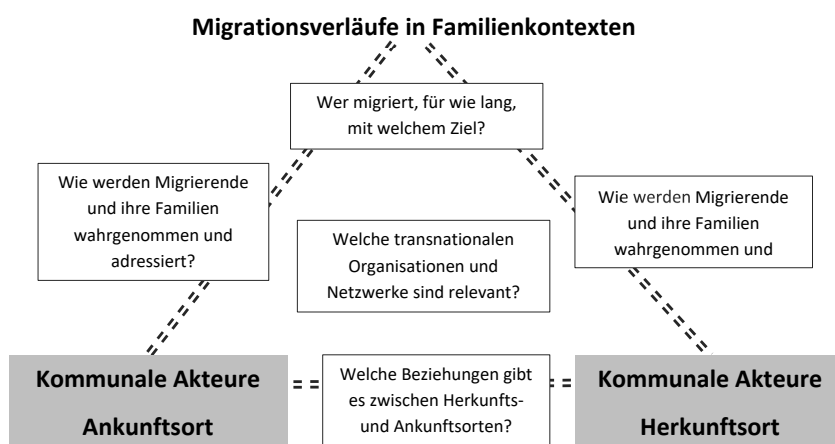
22 Der Vergleich der Verteilung der unterschiedlichen Anforderungsniveaus in den sechs untersuchten Ruhrgebietskommunen mit NRW und dem Bundesgebiet insgesamt zeigt für 2022 nur geringe Unterschiede. Auf allen drei Ebenen sind Tätigkeiten auf Helferniveau am stärksten verbreitet (zwischen 54 und 61 Prozent aller von Rumänen oder Bulgaren ausgeübten Tätigkeiten). Der Anteil an Fachkräften liegt zwischen 34 und 40 Prozent, vgl. digitaler Anhang [https://portal.nomos.de/download/q/978-3-7560-1586-3/978-3-7560-1586-3\\_Sekundaerdaten-Zusudo\\_final.xlsx](https://portal.nomos.de/download/q/978-3-7560-1586-3/978-3-7560-1586-3_Sekundaerdaten-Zusudo_final.xlsx).

23 Vgl. Bosch et al. 2020.

24 Vgl. Siöland et al. 2023; Lechner 2020; Biaback Anong 2024.

nisationen zu erfassen. Diesem Vorgehen liegt die Annahme zugrunde, dass die Zukunftspläne von EU2-Zugewanderten auch von den lokalen Ankommens-, Teilhabe- und Integrationspraktiken beeinflusst würden. Schließlich soll drittens auch beispielhaft die Lage in den Herkunftskommunen der EU2-Migrierenden erfasst werden. Leitfragen sind dabei: „Wie werden Migrierende und ihre Familien (in den Herkunfts- und Ankunftsorten) wahrgenommen und adressiert?“ und „Welche Beziehungen gibt es zwischen Herkunfts- und Ankunftsorten?“, etwa zwischen den kommunalen Verwaltungen oder anderen nicht-staatlichen Organisationen (vgl. Abbildung 1.5)?

Abbildung 1.5: Anlage, Fragestellungen und Gegenstände der Studie



Quelle: Eigene Ausarbeitung

Insgesamt soll durch diese Studie ein erweiterter Blick auf das Migrationsgeschehen zwischen dem Ruhrgebiet, Rumänien und Bulgarien, auf typische Migrationsverläufe und die Vielfalt soziodemographischer Merkmale und subjektiver Erfahrungen, Erwartungen und Zukunftsperspektiven ermöglicht werden. Für ausgewählte Ruhrgebietskommunen werden die Zuwanderungsstrukturen insgesamt und besonders die Geschichte der Migration mit den EU2-Ländern dargestellt. Während sich schon hierbei eine Vielfalt von Migrations- und Integrationsstrukturen zeigt, wird die Situation in den Ankommenskommunen noch komplexer durch die divergierenden Wahrnehmungsmuster und Integrationskonzepte sowie die praktische Zusammenarbeit zwischen staatlichen Verwaltungseinrichtungen, Trägern der Freien Wohlfahrtspflege, Migrantenorganisationen und der Zivilgesell-

schaft vor Ort. Schließlich sind auch die (historisch gewachsenen oder fehlenden) Beziehungen und Interessen zwischen Herkunfts- und Ankunftsorten zu berücksichtigen, weil das wechselseitige kommunale Verständnis für nachhaltige Migrationsbeziehungen wichtig ist und auch die individuellen Migrationsdynamiken beeinflussen kann.

### 1.3 Methodisches Vorgehen und Datengrundlage

Die hiermit vorgelegte Studie stützt sich zwar auch auf bereits durchgeführte wissenschaftliche Untersuchungen und vorhandene Datenbestände, sie basiert aber im Wesentlichen auf eigens erhobenen Daten, die mithilfe einer Mischung aus quantitativen und qualitativen Verfahren gewonnen und analysiert wurden. Die wesentlichen *Analyseeinheiten* sind, wie in Abbildung 1.5 hervorgehoben, die Migrationsverläufe in Familienkontexten und die Konstellationen hierfür relevanter kommunaler Akteure in den Herkunfts- und Ankunftsorten. Als *Erhebungseinheiten*, für die Daten gesammelt wurden, dienten zunächst die Migrierenden selbst. Es wurden insgesamt 600 Interviews mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens (als quantitatives Survey) durchgeführt. Außerdem wurden etwa 50 ethnographische Gespräche und 11 biographische Interviews mit Migrierenden (als qualitative Erhebungsmethode) durchgeführt. Neben den migrierenden Personen als erste Erhebungseinheiten bezog sich eine zweite Ebene von Erhebungseinheiten auf kommunale Beauftragte für Integration und Mitglieder der Freien Wohlfahrtspflege sowie von migrantischen Selbstorganisationen. Hierzu wurden insgesamt 63 Interviews im Ruhrgebiet sowie 9 Interviews in entsprechenden rumänischen Herkunftskommunen mit Experten und Expertinnen durchgeführt.

Als *Bezugseinheiten* für die Studie herangezogen wurden zunächst sechs Ankunfts-kommunen im Ruhrgebiet (Duisburg, Essen, Dortmund, Hagen, Gladbeck, Oer-Erkenschwick) sowie zehn Herkunftskommunen (Timisoara, Făgăraș, Brașov, Toflea, Tecuci, Barbulești, Șinca Noua, Kreis Suceava, Plovdiv, Region Montana), die im Laufe der Studie als relevante Auswanderungsorte identifiziert wurden. Als *Erhebungsinstrumente* dienten Leitfäden für die Interviews und ein standardisierter Fragebogen für den Survey. Der recht umfangreiche Fragebogen enthielt Abschnitte zu den soziodemographischen Daten, zu den Wohn- und Beschäftigungsverläufen, zu Formen der (wirtschaftlichen und sozialkulturellen) Teilhabe in der jeweiligen Wohnkommune, zu (möglichen) Diskriminierungserfahrungen

und Zukunftsplänen sowie zu praktizierten transnationalen Beziehungen mit Orten in anderen Ländern. Hierdurch sowie anhand der qualitativen Erweiterungen durch die biographischen Gespräche war es möglich, die kompletten Wohn- und Beschäftigungsverläufe der Menschen, ihre gegenwärtige Arbeits-, Wohn- und Lebenssituation sowie die migrationsbezogenen Erfahrungen und Zukunftspläne retrospektiv zu erheben. Teilergebnisse der Studie wurden in mehreren Fachkonferenzen und wissenschaftlichen Veranstaltungen in Deutschland und in Rumänien präsentiert.

Eine wichtige Frage ist, wofür diese Daten und Studienergebnisse eigentlich stehen. Ist die Befragung repräsentativ und welche Verallgemeinerungen sind möglich? Während die Frage nach verallgemeinerbaren Lehren aus der Studie im Abschlusskapitel ausführlicher behandelt wird, sollen hier einige Anmerkungen zur Repräsentativität gemacht werden. Für repräsentative Befragungen muss eine Grundgesamtheit aller in Frage kommenden Erhebungseinheiten definiert werden – für sozialwissenschaftliche Studien oder Meinungsumfragen sind dies oft Personen. Aus dieser Grundgesamtheit wird dann eine Zufallsstichprobe gezogen, deren Größe sich nach den angestrebten Genauigkeitswerten und den Strukturmerkmalen der Grundgesamtheit richtet, die für die zu untersuchenden Phänomene zentral sind. Kennt man z. B. die Gesamtzahl der in Deutschland wahlberechtigten Personen und kann (z. B. aufgrund vorhergehender Studien) annehmen, dass das Wahlverhalten besonders von den Merkmalen Geschlecht, Alter, dem Bildungsstand und der Wohnregion der Wahlberechtigten beeinflusst wird, so können schon mit recht kleinen Stichproben von einigen Tausend Befragten recht gute Prognosen über das tatsächliche Wahlverhalten getroffen werden, sofern die Stichprobe nach den genannten Merkmalen gewichtet wird.

Genau hier ergeben sich bei Migrationsstudien grundsätzliche Probleme. Denn meistens gibt es keine genauen Kenntnisse über den Umfang und die Struktur der Migrierenden. Ankunftsländer von Migration wie Deutschland können diejenigen erfassen, die sich an ihrem jeweiligen Wohnort anmelden müssen. Allerdings variieren die An- und Abmeldepflichten selbst zwischen EU-Mitgliedsstaaten und noch mehr in anderen Weltregionen sehr stark. Selbst für Deutschland gibt es eine nicht unerhebliche Grauzone, etwa von Menschen, die als Touristen einreisen und dann einfach länger als die erlaubten drei Monate im Land bleiben, von Menschen, die sich bei der Ausreise nicht abmelden oder bei der Einreise nicht anmelden, sowie von Menschen, die mit mehreren Wohnsitzen jonglieren, um sich Steuer- oder

Sozialleistungsvorteile zu sichern.<sup>25</sup> Die Migrationstypen der Aus- bzw. Einwanderung und der Rückkehrwanderung lassen sich noch am besten anhand offizieller Meldedaten identifizieren. Jedoch ist der Austausch entsprechender Meldedaten z.B. zwischen Deutschland und Rumänien bisher kaum entwickelt. Noch schwieriger gestaltet sich die Erfassung der Zahl zirkulär und transnational Migrierender.

Wie bereits die Abbildungen 1.1 und 1.2 zeigten, sind selbst die registrierten Zu- und Fortzüge zwischen Deutschland und den EU2-Ländern so umfangreich und dynamisch, dass sich die Grundgesamtheit der zwischen den Ländern Migrierenden jedes Jahr erheblich verändern kann. Deshalb sind die in Verwaltungsprozessen generierten Daten (wie etwa der Mikrozensus oder die Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes) kaum geeignet, um tatsächliche *individuelle Migrationsbewegungen* zu erfassen. Bisher gibt es auch keine brauchbaren und robusten Paneldaten hierfür. Als Paneldaten bezeichnet man solche Datenbestände, in denen in regelmäßigen Abständen die gleichen Erhebungseinheiten (meistens Personen oder Unternehmen) befragt werden. Für Migrationsfragen kämen in Deutschland das SOEP (Sozioökonomisches Panel) und das GERPS (German Emigration and Remigration Panel Study) in Frage. Allerdings kann das SOEP kaum die nach einer gewissen Zeit aus Deutschland Auswandernden über längere Zeiträume weiterhin befragen, und das GERPS bezieht nur deutsche Staatsangehörige und deren Migrationsbewegungen ein.<sup>26</sup>

Vor diesem Hintergrund wurden für diese Studie Migrierende aus Bulgarien und Rumänien an wichtigen Konzentrationspunkten in den Städten Duisburg, Essen, Dortmund, Hagen, Gladbeck und Oer-Erkenschwick per Zufallsauswahl angesprochen und – für den Fall, dass sie sich zumindest drei Wochen und nicht zu Urlaubszwecken in Deutschland aufhielten – um die Teilnahme an der Survey-Befragung gebeten. Auf der Grundlage von teilnehmenden Beobachtungen und Auskünften von Expertinnen und

25 Nicht zuletzt wegen dieser Grauzone wurden die Bußgelder im Meldegesetz 2024 neu festgesetzt, vgl. <https://www.bussgeldkatalog.org/bundesmeldegesetz/>; für die EU vgl. <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=471&langId=de>; zu Meldestrategien mobiler digitaler Nomaden vgl. Thiel 2021.

26 Vgl. für das SOEP [https://www.diw.de/documents/dokumentenarchiv/17/diw\\_01.c.40135.de/verbleibstudie.411729.pdf](https://www.diw.de/documents/dokumentenarchiv/17/diw_01.c.40135.de/verbleibstudie.411729.pdf), wo allein bezogen auf die 15 Wellen von 1985 bis 1998 etwa ein Zehntel der Befragten nicht mehr auffindbar sind (drop-outs); <https://www.bib.bund.de/DE/Forschung/Surveys/GERPS/German-Emigration-and-Remigration-Panel-Study.html>; zu der weltweit umfangreichsten Untersuchung grenzüberschreitender Migrationsbewegungen zwischen Mexiko und den USA vgl. das *Mexican Migration Project* <https://mmp.opr.princeton.edu/>.

Sachbearbeitern wurden Sammelpunkte für die Interviews z. B. an Kirchen, um landestypische Restaurants oder Märkte, im Umfeld bedeutender Arbeitgeber und auf wichtigen Mobilitätsrouten ausgemacht. Dort wurden die zu Befragenden auf Bulgarisch, Türkisch oder Rumänisch von Teammitgliedern und einigen weiteren speziell trainierten Personen angesprochen und gegebenenfalls interviewt. Bei der Auswahl der befragten Personen (*sampling*) handelte es sich also um eine geklumpte Zufallsauswahl. Die Interviewpartnerinnen und -partner für die ethnographischen und biographischen Interviews wurden aus dem Pool der Survey-Befragten und weiteren Netzwerkkontakten rekrutiert. Die Interviews mit kommunalen Beauftragten und Fachleuten für Migration und Integration im Ruhrgebiet und den Herkunftskommunen wurden durch gezielte Ansprache organisiert, wobei auf eine ausgewogene Auswahl nach Funktionsbereichen geachtet wurde (z. B. Ausländeramt, Ordnungsamt, lokales Integrationsteam, Jugendamt, Bereich Bildung, Jobcenter).

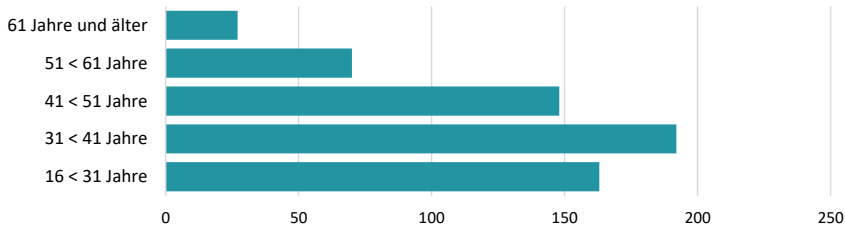
Um die mögliche Repräsentativität der Studie hinsichtlich einiger relevanter Merkmale abschätzen zu können, werden im Folgenden einige Survey-Daten präsentiert und mit anderen ähnlichen Studien verglichen. Die Abbildung 1.6 veranschaulicht die Altersstruktur der im Survey befragten Personen. Diese weicht von der vergleichbaren Alterspyramide der in Deutschland tätigen Erwerbspersonen insofern ab, als die befragten rumänischen und bulgarischen Migrierenden deutlich jünger sind. Über drei Viertel der Befragten sind jünger als 51 Jahre, dagegen ist die Gruppe der 51- bis über 60-Jährigen in der Gesamterwerbstätigenpopulation sehr stark vertreten. Die Altersstruktur der in der Studie erfassten rumänischen und bulgarischen Beschäftigten entspricht annähernd dem Altersaufbau der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte in Deutschland insgesamt sowie der in Deutschland lebenden rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen.<sup>27</sup> Hinsichtlich der Geschlechterverteilung der Befragten (53 Prozent männlich, 47 Prozent weiblich) ergibt sich eine ähnliche Struktur wie bei

---

27 Vgl. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-altersgruppen.html>; <https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/erwerbstaetigenquote-alter.html>; <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61688/erwerbstaetigenquoten-nach-geschlecht-und-alter/>; <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Fachstatistiken/Beschaeftigung/Beschaeftigte/Alterspyramide-Bevoelkerung/Alterspyramide-Bevoelkerung-Nav.html>; <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/datenreport-2021/bevoelkerung-und-demografie/329511/alters-und-geschlechtsstruktur/>.

allen Erwerbstätigen. 77 Prozent der Befragten gaben an, verheiratet zu sein oder in fester Partnerschaft zu leben, 23 Prozent waren alleinstehend. Für die in Deutschland lebenden rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen insgesamt weist das Statistische Bundesamt etwa die Hälfte als alleinstehend aus.<sup>28</sup>

Abbildung 1.6: Altersstruktur der Befragten



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Ein wichtiges Merkmal ist außerdem der höchste Bildungsabschluss der Befragten. Wie Abbildung 1.7 zeigt, gaben etwa 130 Personen (22 Prozent) an, keinen Schulabschluss oder höchstens den der Primarschule zu besitzen (bis zu 4 Jahren). 44 Prozent gaben eine Sekundarschul- (7 bis 8 Jahre) oder vergleichbare Berufsschulabschulung (11 bis 12 Jahre) an, 16 Prozent das Hochschulzugangszugzeugnis und 18 Prozent einen Universitätsabschluss. Diese Verteilung der Befragten nach höchstem Bildungsabschluss entspricht weitgehend derjenigen der rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen in Deutschland. Die größten Abweichungen finden sich bei denjenigen mit nicht-akademischem Berufsabschluss. Diese sind im Sample weniger häufig vertreten.<sup>29</sup>

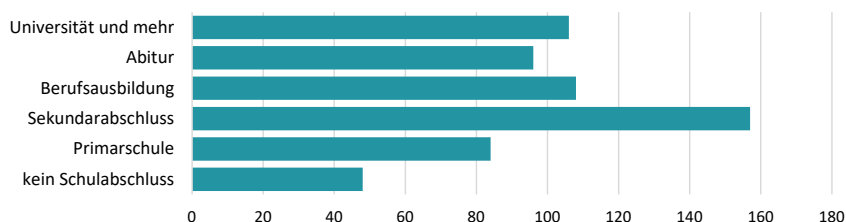
Dabei zeigt sich bei den Befragten aus Rumänien im Vergleich zu denen aus Bulgarien eine gewisse Polarisierung: Rumänische Befragte gaben häufiger als die bulgarischen hohe Bildungsabschlüsse (Berufsausbildung, Abitur oder Hochschulabschluss), aber auch mehr niedrige Abschlüsse (bis Grundschule) an. Männer waren bei mittleren Abschlüssen (Berufsausbildung oder Sekundarabschluss) wesentlich häufiger vertreten als Frauen.

28 Vgl. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?operation=statistic&levelindex=0&levelid=1713096765104&code=12521#abreadcrumb>.

29 Vgl. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/statistischer-bericht-migrationshintergrund-erst-2010220237005.xlsx>.

Hinsichtlich der Geschlechterverteilung waren in der Stichprobe fast gleich viele Männer aus Bulgarien und aus Rumänien vertreten, während der Anteil von Rumäninnen wesentlich höher war als der der Bulgarinnen.

Abbildung 1.7: Höchster Bildungsabschluss der Befragten



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Beim Vergleich mit der Gesamtbevölkerung in den Kommunen des Regionalverbands Ruhr zeigt sich, dass die Personen in unserem Sample insgesamt jünger sind, wesentlich häufiger höchstens vier Jahre Schulbildung aufweisen und seltener einen Haupt- oder Realschulabschluss haben. Der Anteil an Personen mit Abitur bzw. Universitätsabschluss ist mit rund einem Drittel jedoch ähnlich.<sup>30</sup>

#### 1.4 Regionale und sozialkulturelle Diversität der Befragten

Ein wichtiger Aspekt der Befragung betrifft die Herkunftsregionen der Befragten. 83 Prozent von ihnen gaben einen Geburtsort an, der nach den bulgarischen Standards (ab 3.5000 Einwohnerinnen) bzw. den rumänischen Definitionen (ab 4.000 Einwohnern) im Hinblick auf die soziale und technische Infrastruktur als urban gilt.<sup>31</sup> 30 Prozent der Befragten gaben an, vor ihrer ersten internationalen Migration bereits einmal innerhalb des Landes umgezogen zu sein. Drei Viertel davon gaben an, zwischen urbanen Orten gewandert zu sein. Dementsprechend handelt es sich um eine eher urbane Population. Die Regionen, aus denen die im Sample vertretenen Personen initial migrierten, sind für Rumänien in Abbildung 1.8 und für Bulgarien in Abbildung 1.9 dargestellt. Die rumänischen Herkunftsregionen

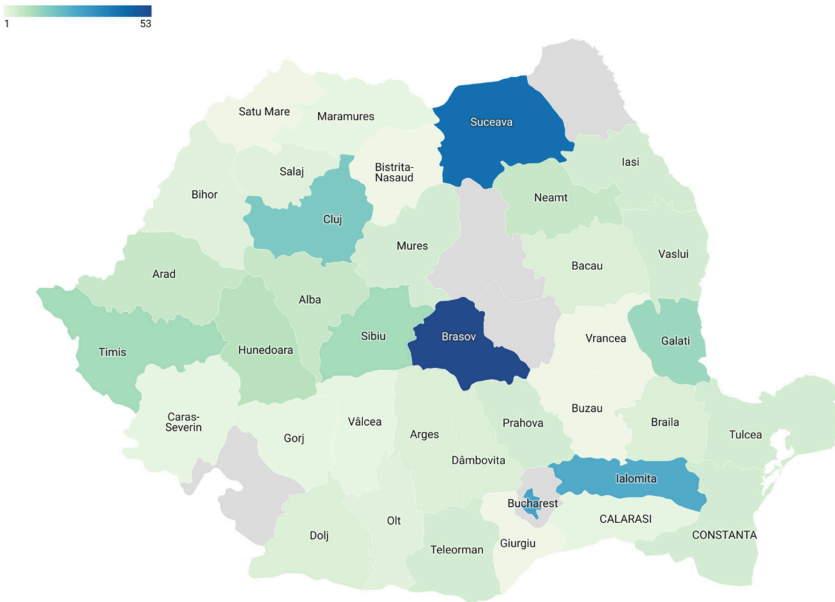
30 Vgl. <https://www.landesdatenbank.nrw.de/link/statistikTabellen/12211#abreadcrumb>; <https://statistikportal.ruhr/#Demografie>.

31 Vgl. <https://www.mrrb.bg/en/administrative-and-territorial-structure-of-the-republic-of-bulgaria-act/>; [https://ro.wikipedia.org/wiki/Comunele\\_Rom%C3%A2niei](https://ro.wikipedia.org/wiki/Comunele_Rom%C3%A2niei).



sind breit gefächert, konzentrieren sich aber im Sample etwas stärker auf die Kreise Brasov, Suceava, Ialomita und Bukarest. Zu den Personen mit rumänischer Staatsbürgerschaft zählen auch 19 Personen, deren Mobilität den Ausgangspunkt in Moldawien genommen hat.

Abbildung 1.8: Herkunftsorte der Befragten nach Kreisen in Rumänien



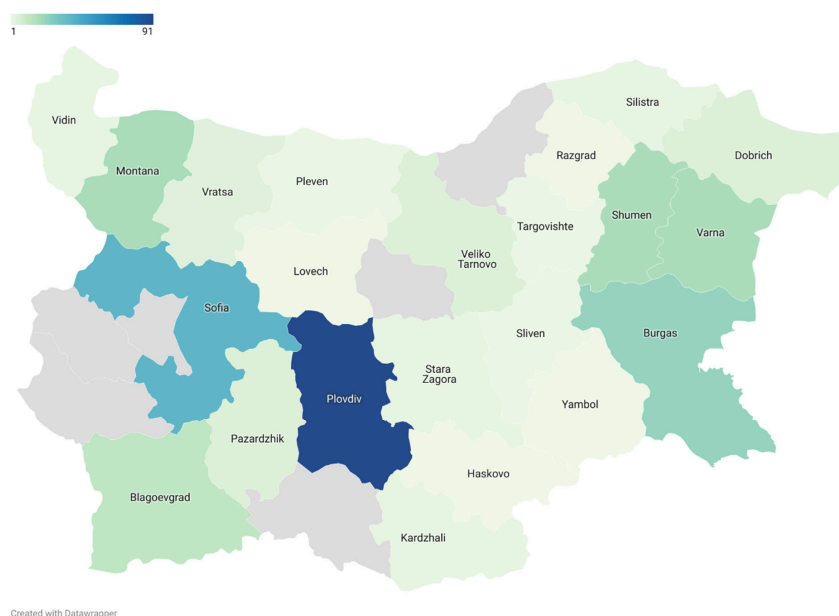
Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Gemäß der Untersuchungen in Rumänien konzentriert sich ein großer Teil der am stärksten von internationaler Migration betroffenen Kreise in der östlichen Region Moldau, unter anderem Bacau, Galati, Vaslui und Iasi. Darauf folgen Bukarest und die westlichen Kreise Caras Severin, Timis und Arad. In der Region Transsilvanien (Siebenbürgen) verzeichnen die Kreise Hunedoara, Brasov und Sibiu die höchsten Emigrationsraten (Sandu 2023). Während die regionale Herkunft der in dieser Studie befragten Rumäninnen und Rumänen – wie in der Abbildung 1.8 ersichtlich wird – dieser gesamtrumänischen Auswanderungsstruktur nicht entspricht, spiegelt unser Sample annähernd die Herkunftsregionen der im Ruhrgebiet lebenden rumänischen Staatsbürger wider. Die Melderegister der Kommunen

Duisburg, Essen, Dortmund und Hagen weisen Braşov, Bukarest, Ialomiţa, Galaţi, Suceava als die Hauptherkunftsregionen aus.

Unter den bulgarischen Herkunftsregionen dominiert Plovdiv, gefolgt von Sofia. Auch die Verwaltungsbezirke Burgas, Shumen, Varna, Montana und Blagoevgrad sind etwas häufiger vertreten. Die Melderegister der Kommunen Duisburg, Essen, Dortmund und Hagen zeigen die Verwaltungsbezirke Plovdiv, Pazardzhik, Shumen, Varna, Peshtera, Veliki Preslav, Dobrich, Sofia und Montana als besonders bedeutsame Herkunftsregionen. Plovdiv ist dabei in drei von vier Städten die wichtigste Region.

Abbildung 1.9: Herkunftsorte der Befragten nach Kreisen in Bulgarien

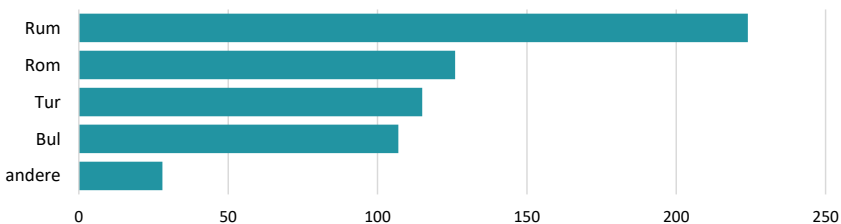


Quelle: eigene Berechnung nach Züsado-Daten

Zwei wichtige Aspekte, die eine Differenzierung der sozialkulturellen Zugehörigkeiten vor allem jenseits der vereinfachenden Roma-Kategorie ermöglichen, sind die Erst- oder Muttersprache der Interviewten sowie deren Religionszugehörigkeit. Sprachgruppen beziehen sich in dieser Studie auf die erste und zweite Muttersprache und wurden folgendermaßen gebildet. Wer ausschließlich Rumänisch oder Bulgarisch als Muttersprache angab, wurde der Sprachgruppe Rumänisch oder Bulgarisch zugewiesen. Wer Romanes

entweder als Erst- oder als Zweitsprache angab, wurde der Sprachgruppe Romanes zugewiesen. Ausnahmen umfassen diejenigen mit der Kombination Türkisch als erste Muttersprache und Romanes als zweite Muttersprache. Diese wurden der türkischen Sprachgruppe zugewiesen. Wer Türkisch entweder als Erst- oder als Zweitsprache angab, wurde der Sprachgruppe Türkisch zugewiesen. Zu den weiteren Ausnahmen zählen diejenigen mit der Kombination Romanes als erste Muttersprache und Türkisch als zweite Muttersprache. Diese wurden der Sprachgruppe Romanes zugewiesen. Unter "Andere" wurden diejenigen gruppiert, die als Erst- oder Zweitsprachen weitere Sprachen wie Ungarisch, Deutsch oder Russisch angegeben haben.

Abbildung 1.10: Sprachgruppen der Befragten



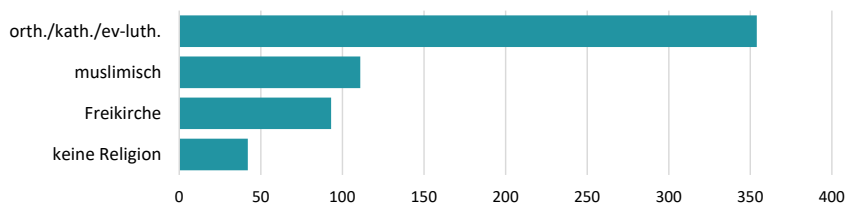
Quelle: eigene Berechnung nach Zuso-Data

Die für analytische Zwecke konstruierte Kategorie Sprachgruppe entspricht nicht der Praxiskategorie im Sinne von ethnischer Selbstidentifikation. Ethnische, religiöse und andere Identitätskategorien entstehen immer in einem Interaktionsprozess von Selbst- und Fremdzuschreibungen und damit verbundenen Grenzziehungen zwischen Subgruppen *innerhalb* bestimmter Großgruppen (bspw. Gabor, Lingurari, Ursari, Daskane, Horahane als verschiedene Romagruppierungen oder evangelisch-lutherisch, katholisch, orthodox oder evangelikal als verschiedene christliche Glaubensrichtungen) und *zwischen* Großgruppen (z. B. Roma und Nicht-Roma oder muslimisch und christlich). Dieser Prozess der soziokulturellen Selbst- und Fremdzuschreibung ist – regional verschieden – in mehr oder weniger langfristige gesellschaftliche Wandlungsprozesse eingebettet. Diese Entwicklungen reichen oft Jahrhunderte zurück, etwa in den Kontext der Versklavung der Roma-Bevölkerung in Rumänien, der Assimilationspolitik in Bulgarien, in die Prozesse der umfassenden Transformation der ehemaligen Ostblockländer in den 1990er Jahren bis hin zur EU-Osterweiterung und den damit induzierten Wanderungsbewegungen. Für die beiden Her-

kunftsländer Bulgarien und Rumänien wird jeweils etwa ein Zehntel der Bevölkerung den Roma-Gruppierungen zugeschrieben (Schätzung nach COE 2012), und in Bulgarien geben etwa 8 Prozent jeweils eine türkische Herkunft und Türkisch als Muttersprache an.<sup>32</sup>

Für die verschiedenen Gruppierungen der Roma in Rumänien und Bulgarien zeigt sich insgesamt ein sehr diverses und im Zeitverlauf dynamisches, durch generationenübergreifende Interaktionsprozesse geprägtes Bild. Dabei sind die unterschiedlichsten Sprachkombinationen, Religionspraktiken, weitere kulturelle Muster wie etwa die Gestaltung von eher endo- oder exogamen Heiratsbeziehungen oder die sozioökonomischen Teilhabestrategien (etwa nach Geschlecht und abhängiger oder selbständiger Beschäftigung) denkbar.<sup>33</sup> In diesem Sinne ist *Sprachgruppe* als analytische Kategorie zu verstehen, die uns die empirische Annäherung an die Praxiskategorie *ethnische Selbstzuschreibung (Ethnizität)* erlaubt. Allerdings konnten Feindifferenzierungen in der standardisierten Befragung nur begrenzt erfasst werden. Die qualitativen und biographischen Interviews deuten auf wesentlich mehr zu berücksichtigende Aspekte hin. Auch in anderen Studien zur sozialkulturellen Selbstverortung sowie zu entsprechenden Fremdzuschreibungen und Diskriminierungserfahrungen werden die Vielfalt und Differenzierung sozialer Gruppen immer wieder betont.<sup>34</sup>

Abbildung 1.11: Selbstzuschreibung der Befragten zu Religionsgemeinschaften



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Ein letzter Aspekt, der diese sozialkulturelle Vielfalt unterstreicht, ist der der Religionszugehörigkeit (Abbildung 1.11). In der Befragung gaben 42 Personen (7 Prozent) an, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören. Immerhin 93 Befragte (15,5 Prozent) nannten die Zugehörigkeit zu einer

32 Vgl. [https://infostat.nsi.bg/infostat/pages/module.jsf?x\\_2=338](https://infostat.nsi.bg/infostat/pages/module.jsf?x_2=338).

33 Vgl. Rimmel 1993; Pamporov 2009; Bauerdick 2013; Toma et al. 2018.

34 Vgl. Strauß 2021; FRA 2022.

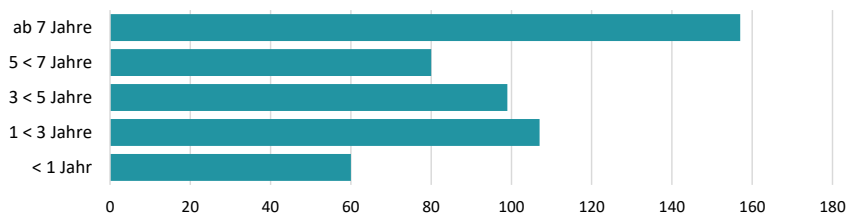
freikirchlichen Gemeinde, 111 Personen (18,5 Prozent) gaben an, Muslime bzw. Musliminnen zu sein, und 354 Befragte (59 Prozent) informierten, dem evangelisch-lutherischen, katholischen oder orthodoxen Glauben anzuhängen. Daten für Rumänien weisen insgesamt einen Anteilswert von 74 Prozent orthodox Gläubigen und von jeweils 5 Prozent Katholiken und Freikirchlern aus. Für Bulgarien lassen sich Werte von 65 Prozent Orthodoxen, 10 Prozent Muslimen und 5 Prozent keiner Religionsgemeinschaft Angehörigen finden.<sup>35</sup> Damit sind die Gruppen der Freikirchler und der Muslime in der Befragung stärker vertreten als im Durchschnitt der Herkunftsländer. Selbst wenn man nur diese vier sehr groben Einteilungen der Religionszugehörigkeit mit den ebenfalls nur annäherungsweise erfassten fünf Sprachgruppen kombiniert, ergeben sich 20 verschiedene Kombinationsmöglichkeiten. Diese sind nicht alle gleich wahrscheinlich, gleichwohl ergab die Datenauswertung interessante Einblicke in die sozialkulturelle Vielfalt der Befragten. Diese Diversität wird in den folgenden Kapiteln immer wieder thematisiert.

Abschließend seien noch zwei wichtige soziodemographische Merkmale erwähnt: Die Aufenthaltsdauer der Befragten in Deutschland und die Wirtschaftssektoren, in denen sie zum Interviewzeitpunkt tätig waren. Für die Aufenthaltsdauer ist in Abbildung 1.12 die Anzahl der Befragten nach Gruppen von „unter 1 Jahr“ bis zu „ab 7 Jahre“ aufgeführt, wobei die zum Interviewzeitpunkt in Bulgarien bzw. Rumänien Lebenden bei dieser Zählung ausgeschlossen wurden. Etwa 12 Prozent gaben an, bis unter einem Jahr in Deutschland zu leben. 21 Prozent gaben ein bis drei Jahre an, 19 Prozent drei bis fünf Jahre, 16 Prozent fünf bis sieben Jahre und 31 Prozent mindestens sieben Jahre. In den Daten des Statistischen Bundesamts wird eine etwas andere Gruppierung vorgenommen. Danach waren im Jahr 2022 von insgesamt 1,3 Millionen in Deutschland lebenden rumänischen und bulgarischen Staatsbürgern etwa 9 Prozent weniger als ein Jahr, 24 Prozent ein bis unter vier Jahre, 17 Prozent vier bis unter sechs Jahre und 50 Prozent sechs Jahre und mehr im Ausländerzentralregister (AZR) gemeldet.<sup>36</sup> Daraus ergibt sich ein leichtes Übergewicht der sich für kürzere Zeiträume in Deutschland aufhaltenden Befragten im Vergleich zur Gesamtheit der im AZR gemeldeten Personen aus Rumänien und Bulgarien.

35 Vgl. <https://www.recensamantromania.ro/rezultate-rpl-2021/rezultate-definitive/>; [https://infostat.nsi.bg/infostat/pages/module.jsf?x\\_2=338](https://infostat.nsi.bg/infostat/pages/module.jsf?x_2=338).

36 Vgl. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?operation=table&code=12521-0006&bypass=true&levelindex=0&levelid=1687775450148#abreadcrumb>.

Abbildung 1.12: Aufenthaltsdauer der Befragten in Deutschland



Quelle: eigene Berechnung nach Züsado-Daten

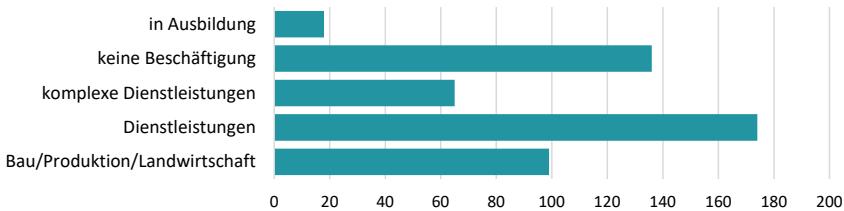
Im Hinblick auf die Beschäftigungssektoren, in denen die Befragten zum Interviewzeitpunkt (unter Ausschluss der in Bulgarien und Rumänien Interviewten) tätig waren, ergeben sich die in Abbildung 1.13 aufgezeigten Verhältnisse. Knapp vier Prozent befanden sich in Ausbildung, 27 Prozent gaben an, keiner Beschäftigung nachzugehen, in komplexeren Dienstleistungen waren etwa 13 Prozent tätig, in einfachen Dienstleistungen ein gutes Drittel und in den zusammengefassten Sektoren Bau/ Produktion/ Landwirtschaft<sup>37</sup> knapp 20 Prozent. Diese Anteilswerte sind durchaus kompatibel sowohl mit den in Abschnitt 1.2 berichteten Anteilen der aus Rumänien und Bulgarien stammenden und in NRW aufhaltigen Beschäftigten als auch mit den Daten auf Bundesebene, sie weisen sogar noch höhere Werte für einfache Tätigkeiten auf.<sup>38</sup> In unserer Befragung machen einfache Dienstleistungen und Bau/Produktion/Landwirtschaft zusammen mehr als die Hälfte aller Beschäftigungen der Befragten aus. Für die Kommunen Duisburg, Essen, Dortmund, Hagen und den Kreis Recklinghausen (Wohnorte) weisen Daten der Bundesagentur für Arbeit für das Jahr 2022 *Bau- und Ausbauberufe, Lebensmittel- und Gastgewerbeberufe, Verkehrs-*

37 Der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Personen ist in dieser zusammengefassten Kategorie eher gering. Den Hauptanteil machen Bau und produzierendes Gewerbe aus. Zu Letzterem gehören zum Beispiel auch Beschäftigte in der Fleischwirtschaft (überwiegend in Oer-Erkenschwick aber auch in Duisburg). In der Klassifizierung der einzelnen Beschäftigungen insgesamt orientieren wir uns am *International Standard Industrial Classification of All Economic Activities (ISIC), Rev. 4*: [https://unstats.un.org/unsd/publication/seriesm/seriesm\\_4rev4e.pdf](https://unstats.un.org/unsd/publication/seriesm/seriesm_4rev4e.pdf).

38 Vgl. Sieglén 2020; [https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche\\_Formular.html?sessionId=2A979D4AC554AD4613C5B8E8930C565F?nn=25122&topic\\_f=beschaeftigung-eu-heft-eu-heft](https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?sessionId=2A979D4AC554AD4613C5B8E8930C565F?nn=25122&topic_f=beschaeftigung-eu-heft-eu-heft).

und Logistikberufe, Reinigungsberufe und medizinische und nicht-medizinische Gesundheitsberufe als die häufigsten Beschäftigungsfelder aus.<sup>39</sup>

Abbildung 1.13: Beschäftigungsgruppen der Befragten



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Ohne auf die ganze Vielfalt der Befragungsergebnisse ausführlich eingehen zu können, werden in dem folgenden Kapitel 2 die komplexen Migrationsverläufe der Befragten dargestellt. Dabei werden immer wieder auch die bisher präsentierten soziodemographischen Daten der Befragten erwähnt. Allerdings können die differenzierten (bivariaten) Zusammenhänge zwischen einzelnen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, höchster Bildungsabschluss, Religionszugehörigkeit, Erst- bzw. Muttersprache, Familien- und Haushaltskonstellation einerseits und dem Beschäftigungs- und Migrationsverlauf nur andeutungsweise behandelt werden. Die Darstellung soll dazu beitragen, die oft vereinfachenden Vorannahmen zu rumänischen und bulgarischen Migrierten zu kontextualisieren und zu kontrastieren. Das Hauptaugenmerk wird darauf liegen, die Migrationsdynamiken der Befragten zu analysieren und zu prüfen, ob diese durch die in Abschnitt 1.1 bereits vorgestellten vier Migrationstypen der Einwanderung, Rückkehrwanderung, zirkulären und transnationalen Wanderung angemessen erfasst werden können.

39 Vgl. digitaler Anhang [https://portal.nomos.de/download/qr/978-3-7560-1586-3/978-3-7560-1586-3\\_Sekundaerdaten-Zusudo\\_final.xlsx](https://portal.nomos.de/download/qr/978-3-7560-1586-3/978-3-7560-1586-3_Sekundaerdaten-Zusudo_final.xlsx).

